

Zeitschrift:	Der Fourier : officielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen
Herausgeber:	Schweizerischer Fourierverband
Band:	48 (1975)
Heft:	3
Artikel:	Allgemeine Friedenssicherung und Krisenbewältigung
Autor:	Däniker, Gustav
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-518422

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Allgemeine Friedenssicherung und Krisenbewältigung

Was können wir tun ?

aus dem Vortrag «Ernst, aber nicht hoffnungslos» von Oberst Gustav Däniker, Dr. phil., gehalten vor der Offiziersgesellschaft der Stadt Bern am 27. Januar 1975.

Anhand von konkreten Vorschlägen legt der Referent dar, was wir tun können, um unsere Sicherheit zu verstärken. Der vorliegende Auszug befasst sich mit einer der strategischen Hauptaufgaben, der «Allgemeinen Friedenssicherung und Krisenbewältigung». — Nach einer Würdigung des bereits Geleisteten fordert Gustav Däniker eine stärkere Betonung des Bereichs «Militär». Sodann wirft er einerseits die Frage nach einem allfälligen Beitritt der Schweiz zur UNO auf und skizziert andererseits eine mögliche Initiative unseres Landes im engeren europäischen Rahmen. — Als weiteren Initiativbereich bezeichnet Gustav Däniker die Nonproliferation von Kernwaffen. Die Schweiz dürfe sich nicht zum Abschluss von diskriminierenden Verträgen drängen lassen. Der Auszug schliesst mit der Forderung nach einer sicherheitspolitischen Forschungsstelle.

Allgemeine Friedenssicherung und Krisenbewältigung ist eine der zwei strategischen Hauptaufgaben, die der Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom Juni 1973 enthält. Über diese Hauptaufgabe heisst es im erwähnten Bericht: «Die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit aller Nationen, die Gefahr des Übergreifens fremder Konflikte auf den eigenen Erdteil, aber auch humanitäre Beweggründe veranlassen auch den Kleinstaat, im Bereich der allgemeinen Friedenssicherung und Krisenbewältigung mehr als bisher tätig zu werden. Da macht-politische Eingriffe irgendwelcher Art nicht in Frage kommen, stehen die Diplomatie, die Guten Dienste und die Förderung aller weiteren Massnahmen, die dazu beitragen, Spannungen zu vermindern und Konflikte ohne Gewalt zu lösen, im Vordergrund. Dazu gehört auch die Friedens- und Konfliktforschung.»

Was wurde bis anhin getan ?

Es fragt sich nun, was seit dem Erscheinen des Berichtes in dieser Richtung getan wurde. Das Politische Departement wird ohne Zweifel auf eine Reihe von Initiativen hinweisen. Ein Paradebeispiel ist sicher das aktive Verhalten der Schweizer Delegation auf der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa). Die schweizerischen Vorschläge zum Thema der Information, zum Thema der Menschenrechte und zu einem obligatorischen Streitschlichtungsverfahren sind anerkennenswerte Versuche, die Mächte auf ihre Absichtserklärungen festzulegen; allen voran die Sowjetunion, welche die KSZE mit dem Ziel, Einfluss auf die westeuropäischen Fragen zu gewinnen und den status quo der heutigen Grenzen zu verankern, ins Leben gerufen hatte. Obwohl die Gefahr besteht, dass von der Substanz dieser Vorschläge am Schluss nur Kautschukformeln zurückbleiben oder dass sie auf die lange Bank der sogenannten «Konferenzfolgen» geschoben werden, haben die schweizerischen Beiträge sicher mitgeholfen, das doch sehr eigenartige «Entspannungskonzept» der Sowjetunion klarer herauszuarbeiten. Die damit bei den westlichen Diplomaten und ihren neutralen Kollegen eingetretene Ernüchterung kann mit dem Berichterstatter der Neuen Zürcher Zeitung, Hans Zimmermann, zweifellos als Erfolg gewertet werden. Diejenigen, die sich der weit herum geprriesenen Détente gegenüber skeptisch zeigten, werden heute kaum mehr als unverbesserliche Kalte Krieger abgetan werden können.

Damit ist die Frage natürlich noch keineswegs beantwortet, ob der Westen nicht schliesslich doch seine ethischen Prinzipien zugunsten einer sogenannten Realpolitik aufgeben wird. Eine — die osteuropäischen Länder preisgebende — zynische Resignation und Anpassung an das Diktat sowjetischer Machtinteressen scheint nach wie vor möglich.

Stärkere Betonung des Bereichs «Militär»

Vom sicherheitspolitischen und vom schweizerischen Standpunkt aus ist deshalb die Frage berechtigt, ob nicht eine stärkere Betonung des Bereichs «Militär» aus der Sackgasse führen könnte. Sogenannte «confidence building measures» (Vertrauen schaffende Massnahmen), wie Vorankündigung von Manövern, Verdünnung von Zonen entlang der Blockgrenzen usw., die ohne Provokation beiden Teilen gerecht werden könnten, würden unter Umständen echte Fortschritte

in bezug auf Sicherheit ermöglichen. Die Uneinigkeit der Mächte über die Opportunität solcher Schritte sollte die Schweiz nicht abhalten, auch hier Vorschläge auszuarbeiten und zur Diskussion zu stellen.

Nur ein Streiflicht möchte ich im Zusammenhang mit solchen Fragen auf das Thema der UNO und allfälliger schweizerischer UNO-Truppen werfen. Seitdem die Diskussion darüber mit dem bekannt negativen Ergebnis geführt wurde, sind namentlich im Gefolge des 4. Nahostkrieges neue Bedürfnisse für die United Nations Emergency Forces (UNEF) aufgetreten, und ihre zunehmende Bedeutung ist sichtbar geworden. Neutralitätsgründe sollten uns meines Erachtens nicht abhalten, auch unsere Haltung in dieser Frage immer wieder zu überprüfen.

Ein «Post-MBFR-Modell»

Unmittelbarer und im engeren europäischen Bereich wäre eine weitere Initiative denkbar. Der Generalstabschef hat sie vor einiger Zeit in einem Vortrag umrissen. Es würde darum gehen, dass die Schweiz eine Vision des sicherheitspolitischen Gleichgewichts in Europa vorlegen würde, ein «Post-MBFR-Modell» etwa, das heisst ein Modell der militärischen Situation nach einem beidseitig und ausgewogen durchgeführten Truppenabbau in Mitteleuropa. An der seit längerer Zeit auf westliche Initiative laufenden Konferenz ist unser Land bekanntlich nicht vertreten, aber nichts könnte uns hindern, den Versuch zu wagen, ein den Sicherheitsbedürfnissen der Staaten entsprechendes, gleichwohl aber auf einer niedrigeren Stufe der Truppenstärke, der Rüstung und der Kosten stehendes System zu skizzieren. Die Legitimation hiezu könnte allein darin bestehen, dass die Schweiz — wie kaum eine anderes europäisches Land — eine rein auf Defensive ausgerichtete und ausschliesslich zur Defensive taugliche Armee unterhält. Ohne dem Ausland unser Milizsystem aufdrängen zu wollen, was sich ohnehin als unmöglich erweisen würde, könnte eine «Territorialverteidigung» nach schweizerischem Muster der Ausgangspunkt der Überlegungen sein.

Der Atomsperrvertrag ist diskriminierend

Ein weiterer Initiativbereich müsste meines Erachtens die Nonproliferation von Kernwaffen darstellen. Der Vertrag, den die Schweiz vor Jahren unterzeichnet, nicht aber ratifiziert hat, wird gegenwärtig geprüft. Nicht nur sollten wir uns deshalb klar darüber werden, ob alle Unterzeichner, auch die Supermächte, ihre Absichtserklärungen und Verpflichtungen erfüllt haben; wir sollten auch abklären, welche neuen Tatbestände eingetreten sind. Eine neue Atommacht — Indien — ist entstanden. Die Gerüchte um die Einführung von Nuklearwaffen im Nahen Osten reissen nicht ab; aber vielleicht noch bedeutender sind die technologischen Veränderungen. Die Vorräte an spaltbarem Material in der Welt werden angesichts der Energiekrise rasch zunehmen; neue Techniken werden es zudem erlauben, Wasserstoffwaffen ohne den Umweg über die Kernspaltung zu zünden oder die Nuklearwaffen zu miniaturisieren. Alles Dinge, die uns und unsere Sicherheit sehr direkt berühren. Vielleicht wäre es richtig, diesmal eigene Vorstellungen dieses Fragenkomplexes zu gewinnen, bevor wir wie das letztemal trotz Bedenken zum Abschluss von diskriminierenden Verträgen gedrängt werden.

Sicherheitspolitische Forschungsstelle — eine Notwendigkeit

All dies — so würde man meinen — rufe gebieterisch nach mindestens einer sicherheitspolitischen Forschungsstelle, die imstande wäre, der einen oder anderen Frage aus diesem Bereich wissenschaftlich nachzugehen, um den vertraglichen Gremien zusätzliche Entscheidungsunterlagen vorzulegen. Eine Übersicht über Themen und federführende Instanzen liegt zwar vor, und eine Koordinationsstelle bei der Zentralstelle für Gesamtverteidigung ist geschaffen. Aber das seit Jahren diskutierte Institut für Konfliktforschung kommt nicht vom Fleck. Was immer die Gründe dafür sein mögen, sei hier nicht näher untersucht. Am Schluss werden es wohl die Kosten sein. Aber was zu Bedenken Anlass gibt, ist die Tatsache, dass der gegenwärtige Botschaftsentwurf einen minimalen Mitarbeiterstab vorsieht, der zugleich frei sein soll, aus dem ganzen immensen Bereich der Friedensforschung das auszuwählen, was der Stiftungsrat und der Direktor des Instituts als interessant betrachten. Die verpflichtende Weisung, Themen zu bearbeiten, die für die aussenpolitischen Initiativen der Schweiz von grundlegender Wichtigkeit wären, fehlt. Gerade im Zeichen der angespannten Finanzlage des Bundes sollte meines Erachtens die Forderung lauten: Wenn überhaupt ein solches Institut, dann nur eines, das applikatorische Konfliktforschung treibt und zu treiben versteht.